

Martin Kremer

Der Beitrag Deutschlands und der erweiterten Europäischen Union zu einer neuen Weltordnung

- Persönliche Anmerkungen -

I.

- Meine zentrale These ist: Deutsche Außenpolitik nach 1989 muss eine zunehmend integrierte Welt anstreben, in der fortbestehende Widersprüche und Konflikte möglichst gewaltfrei ausgetragen werden.
- **Die großen Herausforderungen nach dem Irakkonflikt sind vor allem:**
 - Wie kann die sich erweiternde EU vertieft werden, um als Partner der USA in einer erneuerten transatlantischen Gemeinschaft angemessenes Gewicht zu entwickeln? Wie kann eine kluge Nachbarschaftspolitik der EU zu diesem Gewicht beitragen? Was sind die richtigen Anteile von soft und hard power in der außenpolitischen Rolle der EU?
 - Wie ist der "Westen" als politische Größe auf seinen gemeinsamen normativen Grundlagen als Aktionseinheit zu festigen, nachdem er nicht mehr einem entgegengesetzten Block, sondern diffusen Gefährdungen und Bedrohungen gegenübersteht?

II.

- **Wie stärken wir die sich erweiternde EU?**
- Wir streben im Konvent einen qualitativen Fortschritt in der GASP an (qualifizierte Mehrheitsentscheidungen, europäischer Außenminister, ihm zugeordneter europäischer diplomatischer Dienst). Das Handeln von Solana auf dem Balkan und im nahen Osten zeigt, dass eine europäische Außenpolitik möglich ist. Ein europäischer Außenminister mit einem eigenen Apparat wird eine wichtige Weiterentwicklung sein.
- Technisch institutionelle Neuerungen alleine werden jedoch noch keinen Durchbruch im Sinne eines gemeinsamen europäischen politischen Willens erbringen. Notwendig ist ein

Mentalitätswandel der politischen Klasse und die Entwicklung eines "EU-first" – Reflexes gegenüber beschränkt nationalen Reaktionsweisen bei politischen Handlungsträgern. Instrumental dafür ist eine engere Verknüpfung der außenpolitischen "Communities". Notwendig ist die Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit in außen- und sicherheitspolitischen Fragen.

- Entscheidend ist eine Grundsatzdebatte über die Rolle, die die erweiterte EU in der Welt spielen und wie viel Verantwortung sie übernehmen will. Klar ist, dass die EU nicht beides haben kann: eine starke europäische Außen- und Sicherheitspolitik bei gleichzeitigem Fortbestehen voller Handlungsfreiheit jedes einzelnen Mitgliedstaates. Möglich ist aber die Schaffung von europäischen Strukturen, die die Herausbildung eines gemeinsamen außenpolitischen Willens fördern und auf sie hin führen, ggf. zunächst auf thematisch bzw. geographisch begrenzter Grundlage.
- Die Strategie- und Interessendiskussion der EU ist vorrangig. Diese müsste in eine neue "Sicherheitsdoktrin" der EU münden. Sie setzt eine gemeinsame Analyse der Herausforderungen und Risiken der neuen Weltlage voraus und sollte handlungsleitende Selbstverpflichtungen einschließen. Sie sollte auch das Verhältnis der Union und ihrer Mitgliedstaaten zu anderen wichtigen Faktoren, insbesondere die transatlantischen Beziehungen einschließen. Sie könnte so zu einem Rahmen für kohärentes außenpolitisches Handeln der Union werden. Der EU-Außenminister mit Initiativrecht sollte eine Schlüsselstellung bei der Erarbeitung und Implementierung der Strategien bekommen. Die zukünftigen Mitgliedstaaten sollten von vorneherein einbezogen werden.
- Das weltpolitische Potential der EU liegt klar in ihrer geographischen Lage. Auf Grund ihrer wirtschaftlichen und politischen Attraktionskraft kann die EU in entscheidenden Teilen der Welt (Osteuropa, Mittelmeerregion, Mittlerer Osten, Kaukasus, Zentralasien) als Nachbar und in Formen von assoziativer Nachbarschaftspolitik prägend wirken.
- Darüber hinaus muss die EU aber auch die gemeinsame Verteidigung im Verfassungsvertrag verankern. Anspruch der EU muss Handlungsfähigkeit über das gesamte Einsatzspektrum sein, von friedenserhaltenden Maßnahmen bis hin zu Kampfeinsätzen. Langfristig sollten wir die Gründung einer europäischen Kern-Armee anstreben, die im Bereich Führung und Ausrüstung das Prinzip der Arbeitsteilung anwendet.

III.

- **Wie festigen wir den "politischen Westen", welche NATO brauchen wir?**
- Europa und die USA können die neuen globalen Herausforderungen und Bedrohungen nur gemeinsam bewältigen. Für die großen Probleme gibt es keine Lösung ohne (oder gar gegen) die Amerikaner. Für die USA gilt das "paradox of American power" (Joseph Nye). Trotz unangefochtener Machtposition brauchen sie Hilfe und Respekt anderer Nationen. Leitbild der neuen transatlantischen Beziehungen muss deshalb der Begriff der "kooperativen Gegenmacht" sein. Da uns mit den USA nach wie vor eine große Gemeinsamkeit an Werten und Interessen verbindet, aber auch wegen der tatsächlichen Kräfteverhältnisse, gibt es keinen anderen gangbaren, geschweige denn attraktiven Weg.
- Will die erweiterte EU globale Verantwortung übernehmen und ihre Interessen mit Aussicht auf Erfolg vertreten, muss sie das spezifische Gewicht eines "unerlässlichen Partners" der USA entwickeln. Prioritär dafür sind Festigung und Konsolidierung im Innern sowie die Herausbildung des gemeinsamen politischen Willens, als EU eine internationale Rolle zu spielen. Was in der Außenhandelspolitik längst gilt (die EU als gleichberechtigter, weil starker Partner), muss als Ziel auch für die europäische Außen- und Sicherheitspolitik gelten.
- Europa hat keinen Anlass, eine den USA vergleichbare Hochrüstung anzustreben. Mit einer an den neuen Aufgaben ausgerichteten Restrukturierung der Streitkräfte, maßvollen Steigerung der Verteidigungshaushalte, sowie einer besseren Abstimmung/Koordinierung kann die EU die notwendigen militärischen Fähigkeiten entwickeln.
- Die europäische Schwäche darf dennoch nicht als "naturgegebenes" Faktum hingenommen werden. Die amerikanische Neigung, die NATO als "Werkzeugkasten", zumal im Rahmen von "Koalitionen der Willigen" zu nutzen, stellt derzeit ein, wenn nicht das zentrale Problem in den transatlantischen Beziehungen dar. Auch wenn es keinen Weg zurück

in die "gute alte NATO" der Zeit vor 1989 geben kann: "Transatlantizismus à la carte" ist aus europäischer Sicht eine gefährliche Entwicklung, die die Pfeiler einer multilateralen Weltordnung untergräbt.

- Ziel europäischer Politik muss mehr denn je die "bipolare" NATO sein. Unabhängig von der jeweiligen US-Administration bleibt ein prosperierendes, stabiles und handlungsfähiges Europa ein Wert an sich für die USA – weit über rein militärisch strategische Fragen hinaus. Und unabhängig ihrer derzeitigen Meinungsunterschiede haben "altes" und "neues" Europa ("the emerging new West") ein gemeinsames Interesse daran, dass der unipolare amerikanische Weltordnungsentwurf nicht zu einem Totalschaden für die internationalen Beziehungen, das UN-System, die NATO und die europäische Integration führt.

IV.

- Zusammengefasst: Deutsche Außenpolitik nach 1989 – und insbesondere nach dem Irakkonflikt - muss das Ziel einer abgestuften, pluralen Integration als Grundmuster einer globalen Ordnungspolitik verfolgen.
- Deutsche Außenpolitik muss Politik für und innerhalb der sich erweiternden EU sein. Dies bedeutet zum einen, entschlossen die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu einer glaubhaften, integrierten gemeinsamen Politik fortzuentwickeln.
- Deutschland und die sich erweiternde Union müssen zum anderen den "Westen" als politische Größe auf seinen normativen Grundlagen rekonstruieren. Bislang waren Aufbau der NATO und europäische Integration immer komplementäre Prozesse. Nach 1989 ist diese Komplementarität nicht mehr automatisch gegeben. Angesichts der Differenzen in der transatlantischen Gemeinschaft stehen Deutschland und die erweiterte EU vor der Herausforderung, ein "atlantisches" Europa und ein "kontinentales" Europa miteinander in Einklang zu bringen.
- Den politischen Westen als Aktionseinheit wiederherzustellen bedeutet naturgemäß auch, dass Deutschland und die sich erweiternde EU die Vereinten Nationen als normativen Ordnungs- und globalen Handlungsrahmen stärken.

- Unverzichtbar ist ebenfalls, die weltwirtschaftliche Ordnung so weiterzuentwickeln, dass sie einen zunehmend gerechten und attraktiven Rahmen für die internationalen Waren- und Kapitalströme bildet.
- Nur in dieser umfassenden Weise werden sich letztlich Antworten auf die Gefährdungen durch kollabierende Staaten, internationalen Terrorismus sowie neue und alte Diktaturen finden lassen, die in Verbindung mit der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen zu einer globalen Bedrohung werden.

Martin Kremer ist Mitglied des Planungsstabes des Auswärtigen Amtes, Berlin